

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konkordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Die Erwerbslosenfürsorge für Textilarbeiter.

(Schluß.)

Neben dem Reiche treten auch die Einzelstaaten helfend ein. In Preußen hat der Minister des Innern am 14. Dezember 1915 den Regierungspräsidenten, Landräten und Stadtkreisen amtlich bekanntgegeben, daß außer dem Reichszuschuß den Gemeinden und Gemeindeverbänden seitens des Staates regelmäßig ein Drittel der Aufwendungen für erwerbslose Webstoffarbeiter aus Staatsmitteln ersetzt werden würde, so daß den Gemeinden und Gemeindeverbänden höchstens ein Sechstel dieser Aufwendungen zu eigenen Lasten verbleibt. Der preußische Minister hat die Gemeinden und Gemeindeverbände mit Nachdruck auf die Fürsorge für die erwerbslos gewordenen Arbeiter des Webstoffgewerbes hingewiesen; wo es angängig erscheint, können und sollten die Arbeitgeber in der einen oder anderen Weise zu den Unterstützungsleistungen, von welchen den Gemeinden im ungünstigsten Falle nur ein Sechstel zu Lasten fällt, mit herangezogen werden. Abgeordneten- und Herrenhaus stellten zu den Anfang 1915 bewilligten 110 Millionen der Staatsregierung weitere 200 Millionen zu Beihilfen zu den Kriegswohlfahrtsaufgaben der Gemeinden zur Verfügung. Aus diesem Betrag sollen auch Zuschüsse für die Unterstützung an Webstoffarbeiter gegeben werden, und zwar sollen die Gemeinden neben den drei Sechsteln, die das Reich beisteuert, zwei Sechstel von der preußischen Staatsregierung erhalten.

Auch in Bayern verbleibt den Gemeinden, den Kreisunmittelbaren Städten und Distriktsgemeinden, den Trägern der Fürsorge für die Webstoffarbeiter, gleichfalls nur die Aufbringung eines Sechstels des Gesamtaufwandes. Staatlicherseits wird den Trägern der Fürsorge die Vergütung von zwei Dritteln ihres Aufwandes zugesichert (Ministerialerlaß betr. Kriegswohlfahrtsaufgaben der Gemeinden vom 28. Oktober 1915). Von dem letzten Drittel verbleibt für die Gemeinden nur ein Sechstel, da sich die Arbeitgeber in Bayern bereit erklärt haben, ein Sechstel der Leistungen der Träger der Fürsorge auf sich zu übernehmen. Da die Reichsbeihilfe von in der Regel der Hälfte erst mit dem 1. Oktober 1915 einsetzte, trägt der bayerische Staat die Aufwendungen der Gemeinden bis zu dieser Zeit zum Betrage von zwei Dritteln, während er für die Zeit danach in der Regel nur den an zwei Dritteln fehlenden Zuschuß, der nicht durch Reichsmittel gedeckt ist, zu tragen hat. In der Verfügung sind Richtlinien aufgestellt, die Mindestsätze für die leistende Erwerbslosenfürsorge festsetzen und bestimmen, daß auch beschränkt arbeitende Webstoffarbeiter, sofern sie in der Woche mindestens einen vollen Tagelohn einbüßen, zu unterstützen sind.

Auch in Sachsen hat sich sowohl die Regierung als auch die Arbeiterschaft zur Aufbringung eines Teiles der Ausgaben der Gemeinden für die Unterstützung der erwerbslosen Webstoffarbeiter bereit erklärt. Nach den Richtlinien, die von der Regierung eingefasste Landesauschuß, dem sechs Arbeitgeber- und sechs Arbeitnehmervertreter angehören, festgesetzt hat, werden der Staat und die Gemeinde gleich hohe Anteile des Gesamtaufwandes übernehmen. Es ist bestimmt worden, daß für ein kinderloses Ehepaar die wöchentliche Unterstützungssumme jenem Teil entsprechen soll, der als Wochenteil eines Jahreseinkommens von 844—876 M. gilt; in Großstädten ist der Betrag zu erhöhen. Die Beiträge der Arbeitgeber sollen in einer Hauptstelle zusammenfließen und von dort aus im gleichen Verhältnis an die Gemeinden verteilt werden. Die Unterstützung soll nicht nur für gänzlich Arbeitslose eintreten, sondern auch dann gezahlt werden, wenn infolge der Einschränkung der Arbeit die Arbeitserträge nicht mehr zum Unterhalt ausreichen; von dem verdienten Lohn sollen dann nur 80 v. H. auf die volle Unterstützung, die gänzlich Arbeitslose erhalten, angerechnet werden.

In Württemberg hat die Regierung den Anteil des staatlichen wie des gemeindlichen Zuschusses

an dem Gesamtaufwande der Träger der Unterstützungsfürsorge nicht näher bestimmt. Nach eingehenden Vorberatungen, auch mit den Vertretern der Arbeiterschaft, sind Grundzüge für eine Erwerbslosenfürsorge aufgestellt worden, die sich nicht nur auf die arbeitslosen Webstoffarbeiter, sondern auf alle Arbeitslosen erstreckt. In der Bekanntmachung des Vorstandes der Versicherungsanstalt Württemberg vom 27. Oktober 1915, betr. Änderungen und Ergänzungen der Grundzüge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit während des Krieges vom 19. Oktober 1914/25. Januar 1915, wird festgesetzt, daß den Gemeinden und Amtskörperschaften bzw. Gemeindeverbänden, welche eine allgemeine Arbeitslosenfürsorge einrichten, ein nach dem Maßstabe ihrer eigenen Aufwendungen bemessener Beitrag gewährt wird. In den Richtlinien für die Arbeitslosenunterstützung wird auch bestimmt, daß außer den völlig Arbeitslosen die sogenannten Kurzarbeiter, d. h. solche Personen, welche infolge von Betriebseinschränkungen nur noch an einzelnen Tagen in der Woche arbeiten, Unterstützung erhalten sollen.

In Baden war — vor Festsetzung des Reichszuschusses für die Webstoffarbeiter auf die Hälfte — die Regelung der allgemeinen Erwerbslosenunterstützungsdahin getroffen worden, daß Reich und Staat die Hälfte, die beteiligten Gemeinden und Arbeitgeber je ein Viertel des Gesamtaufwandes übernehmen. Die Organisation der Webstoffarbeiterfürsorge wurde in Baden am frühesten, sogleich im August 1915, in Angriff genommen, und zunächst für das ganze oberbadische Gebiet ein besonderer Zweiverband gebildet, der die Orte des badischen Oberlandes, die im Rhein- und Wiesental liegen, umfaßt und seinen Sitz in Lörrach hat. Es ist sodann noch ein weiterer Verband, der die Orte des sogenannten Seekreises umfaßt, gebildet worden, und auch im Albthal ist mit Wirkung vom 8. Dezember 1915 durch Vertrag der Regierung und der in Frage kommenden Gemeinden mit den beiden Spinner- und Webereiunternehmungen im Albthal die Erwerbslosenfürsorge eingeführt worden. Durch Abänderung der ersten Bestimmungen ist eine Erhöhung der Unterstützungssätze eingetreten; die Unterstützung wird auch nicht mehr wie anfangs nach Tagen, sondern nach arbeitslosen Stunden berechnet.

Durch die Maßnahmen des Reiches und der Bundesstaaten ist der Durchführung einer umfassenden Erwerbslosenunterstützung für arbeitslose oder erwerbsbeschränkte Webstoffarbeiter seitens der Gemeinden oder seitens der Gemeindeverbände der Weg geebnet. Eine große Anzahl von Gemeinden haben eine solche Erwerbslosenfürsorge durchgeführt, sei es im Anschluß an die während des Krieges eingeführte allgemeine Arbeitslosenunterstützung, sei es durch eine neue Sonderfürsorge. Ein voller Überblick über die bisher in den Gemeinden durchgeführten Unterstützungsmahnahmen ist noch nicht möglich. Eine einheitliche Regelung der Unterstützungsfrage ist meist nicht erfolgt. Die Verhältnisse sind in den verschiedenen Gebieten des Reichs allerdings auch zu verschiedenartig. Die einheitliche Regelung in tatsächlich gleichartigen Gebieten ist erst zum Teil in die Wege geleitet, so in Baden durch die erwähnten Zweiverbände, in Bayern, wie ferner auch in der Niederlausitz. Eine Eingabe des Zentralverbandes der christlichen Textilarbeiter an die preussischen Regierungspräsidenten bittet um besondere Maßnahmen, die eine Durchführung der Webstoffarbeiterfürsorge nach einheitlichen Grundzügen innerhalb der Regierungsbezirke oder bestimmter Gebiete zu sichern geeignet sind. Der Bürgermeister von Lörrach, Dr. Sengelmeier, hat auch die Einsetzung eines Reichsaussschusses zur Erörterung und Klärung der einschlägigen Fragen empfohlen.

Allen Unterstützungsbestimmungen für Webstoffarbeiter gemeinsam ist die Festsetzung, daß diese Fürsorge ebenso wie die allgemeine Arbeitslosenunterstützung (vergl. Reichs-Arbeitsblatt 1914 S. 781) nicht armenrechtlicher Natur ist und daß die Unterstützung nur an arbeitsfähige und arbeitswillige Webstoffarbeiter erfolgt, die infolge der Arbeitsbeschränkung völlig oder teilweise beschäftigungslos

geworden sind. Im übrigen lassen sich die Fürsorgemaßnahmen der verschiedenen Gemeinden in zwei Gruppen unterscheiden. Die eine nimmt bei der Beurteilung des Einzelfalles keine Rücksicht auf die Bedürftigkeit und zahlt für jede arbeitslose Stunde oder jeden Arbeitslosetag eine nach Alter und Geschlecht abgestufte Unterstützung (so in Augsburg, Bayreuth und anderen Gemeinden). Die andere Gruppe berücksichtigt die Hilfsbedürftigkeit des Beschäftigungslosen und kürzt die Unterstützung je nach der Höhe der Beträge, die der Familie des Arbeitslosen aus anderen Einkommensquellen (Gewerkschafts-, Arbeitgeberunterstützung usw.) zufallen. Auf dem Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Dresden, wurde bestimmt, daß die Gewerkschaftsunterstützungen und Beihilfen seitens der Arbeitgeber insoweit anzurechnen sind, als der Arbeiter dadurch mehr als den durchschnittlichen Lohn bei voller Beschäftigung in gewöhnlichen Zeiten erhalten würde. Nach den oberbadischen Bestimmungen sind die Geldunterstützungen um den Betrag zu kürzen, um den sie zusammen mit den einrechenbaren Wocheneinnahmen das Doppelte der dem Erwerbslosen oder seiner Familie zukommenden Unterstützungsbeträge übersteigen. Die Richtlinien, die in Württemberg aufgestellt sind, bestimmen, daß Gewerkschafts- und Arbeitgeberunterstützungen gar nicht angerechnet werden dürfen, während Zinsen auf Sparguthaben und Rentenbezüge zur Hälfte angerechnet werden; ein etwaiger Arbeitsverdienst einzelner zum Haushalt gehöriger Familienangehöriger darf zu drei Vierteln in Anrechnung gebracht werden.

Die Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorge für die Webstoffarbeiter auch auf die aus dem Bekleidungs-gewerbe arbeitslos werdenden Hilfskräfte ist in Aussicht gestellt worden (in der Antwort des Staatssekretärs des Innern vom 2. Februar d. Js. an den Zentralverband der Handlungsgehilfen); nähere Bestimmungen sind in Vorbereitung.

Aus dem Reichstag.

Die Mitte März begonnene Tagung des Reichstages hat ihr Ende erreicht. Die Verhandlungen boten in mehr als einer Hinsicht recht erfreuliche Gesichtspunkte. So die Absage des Reichskanzlers an die Kriegstreiber und Scharfmacher, andererseits durch die Zugeständnisse auf sozialpolitischem Gebiete. Der Kanzler ist daran, die von ihm auf dem zweiten Kongreß der christlich-nationalen Arbeiterschaft ausgesprochene wichtigste Aufgabe der Bewirklichung entgegenzuführen: Einordnung der Arbeiterschaft in die heutige Gesellschaftsordnung. In seiner aufsehenerregenden Rede vom 5. Juni 1916 versicherte der Reichskanzler dem ganzen Volke seine Liebe, das in diesem Krieg einmütig für den Bestand und die Größe des Vaterlandes die schwersten Opfer bringe. Es dürfe fortan kein Unterschied mehr gemacht werden zwischen „nationalen“ und „antinationalen“ Parteien. Der Zentrumsführer Dr. Spahn unterstrich sofort diese Worte, im Hinblick auf die Erfahrungen seiner Partei, ebenso der Redner der Sozialdemokraten Dr. Grabenauer. Mit großem Mißvergnügen betrachten gewisse Kreise der Industriellen, der Großagrarier und Privilegierten diese Entwicklung und die Stellungnahme des ersten Reichsbeamten. Der konservative Redner, Graf Westarp, wandte sich denn auch gegen den Kanzler, dem aus den Reihen der genannten Personenkreise seit etwa Jahresfrist, angeblich wegen des Kanzlers Haltung in der U-Bootfrage und seiner Stellungnahme zu Amerika heftige Opposition gemacht wird. Der Hauptgrund des Hasses und der Furcht dürfte aber mehr in der Auffassung des Kanzlers von der Gleichberechtigung aller Volksteile im Staatsleben zu suchen sein, die, wenn durchgeführt, die Vorherrschaft der oberen und privilegierten Klassen etwas beeinträchtigen würde. Hier sind auch die Gründe zu suchen, die zum Vorgehen gegen die Kleine Novelle zum Vereinsgesetz

Anlaß gaben. Obwohl diese Novelle lediglich den Willen des Gesetzgebers von 1908, gegenüber falschen Auslegungen durch die Gerichte und verschiedener Verträge, zum unabweisbaren Ausdruck bringt, wurde sie bekämpft,

da sie ein Entgegenkommen gegenüber der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften ist. Das erste Gesetz mit freihändlerischer Auffassung und in der Richtung der Gleichberechtigung sollte verhindert werden. Die große Mehrheit des Reichstages stimmte aber der Novelle zu und verlangte außerdem mit 283 gegen 78 Stimmen der Konservativen, eines Teils der Nationalliberalen und der Bauernbündler die vom Zentrum beantragte Aufhebung des Sprachparagraphen (§ 12 RWG.). Gewerkschaftliche und andere Ständevereine dürfen nun nicht mehr als politische Vereine angesehen werden mit der Wirkung, daß nun auch die Jugendlichen in ihnen sich betätigen können, eine Sache die manchmal nicht ohne sozialpolitische Bedeutung ist.

Neben dem Vereinsgesetz sind eine Reihe von Gesetzen sozialen Charakters verabschiedet worden. Die Vollversammlung des Reichstages hat die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Invalidenrente glatt angenommen. Ebenso das Kapitalabfindungsgesetz, mit dem Zwecke, Kriegsinvaliden oder den Hinterbliebenen gefallener Krieger die Ansiedlung oder die Fortführung ihrer Wirtschaft zu ermöglichen. Dazu kommt das Fallgesetz mit Lohnerhöhungen für die Kautschukarbeiter, der Beschluß auf Einrichtung von Fachauschüssen für die Tabakarbeiter und deren wie der Konfektionsarbeiter Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit; die Beschlüsse zur Lösung der Wohnungsfrage, die kleine Besoldungsordnung, mit der Aufbesserung der Unterbeamten, und die Erhöhung der Steuerzuschläge für die Staatsarbeiter, alles begrüßenswerte sozialpolitische Fortschritte.

Sehr eingehend wurden auch wieder Fragen der

Volksernährung

besprochen und über die Mittel beraten, die zu einer besseren Versorgung der arbeitenden Bevölkerung führen könnten. Zahlreiche von den verschiedenen Parteien gestellte Anträge wurden dem parlamentarischen Beirat, der beim Ernährungsamt betätigt ist, zur weiteren Beratung und Verabschiedung überwiesen. Man hofft, daß es dem neuen Ernährungsamt gelingen werde, die hauptsächlichsten Klagen auf dem Gebiete des Ernährungswesens zu beseitigen und die unerhörte Preissteigerung einzudämmen. Unser Vorrat und ausländische Einfuhr reicht gerade, um bis zur neuen Ernte durchhalten zu können. Aus dem vollen kann auch jetzt nicht gewirtschaftet werden. Entgegen der feinerzeitigen Voraussage des Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats, der auch bei der Vereinsgesetznovelle danebensappte, hatten wir 1915 eine schlechte Ernte. Wohl im Zusammenhang mit verringerten Umbauflächen war 1915 der Ertrag an Körnerfrüchten um 9 Millionen Tonnen geringer als im Jahre zuvor. Da wir von der englischen Flotte so ziemlich eingesperrt sind, ist die überseeische Einfuhr unterbunden. Es fehlen uns auch die Futtermittel, die in großen Mengen, für rund eine Milliarde Mark jährlich, vor dem Kriege eingeführt worden sind. Das ist mit die Ursache, daß der Viehbestand nicht auf der alten Höhe gehalten werden kann und wir jetzt große Fleischknappheit haben. Im Hinblick auf die Milch- und Butterversorgung müssen die Viehbestände, insbesondere das Milchvieh gespart werden. Das muß alles berücksichtigt werden, wenn man an eine objektive Beurteilung unserer Ernährungsverhältnisse herantreten will. Dabei und trotzdem könnte es in manchen Dingen besser mit unserem Ernährungswesen stehen, wenn Organisation, Verteilung und Preisbildung rechtzeitig geregelt und hier energisch eingegriffen worden wäre.

Das neue Ernährungsamt will nun zunächst den Schwerarbeitern, insbesondere im Bergbau und den Erntearbeitern, höhere Proportionalen zuweisen. Zur weiteren Erhöhung der Rationen werden monatlich zehntausend Tonnen Hälftenfrüchte an die Kommunalverbände zum Weiterverkauf abgegeben. Um die Viehproduktion zu heben sind zehn Fabriken zur Herstellung von Ersatzfuttermitteln gegründet worden. Da die diesjährige Ernte an Futtermitteln vor der Tür steht und bereits eingebracht wird, dürfte auch die Knappheit an Fleisch bald etwas behoben werden. Für die Zeit der Obst- und Beeren-ernte sind 300 000 Zentner Zucker reserviert und werden rechtzeitig abgegeben. Auch auf anderen Gebieten sind Maßnahmen in Vorbereitung, die die Lebenshaltung erleichtern sollen. Es ist erst nach Friedensschluß damit zu rechnen, daß wir in gewohnter Weise, im Schweisse des Angesichts unser Brot wieder voll essen können.

Die im Anschluß zustande gekommene Einigung über die

Kriegssteuern

hat Stand gehalten. Bei den Beratungen in den Vollversammlungen des Reichstages wurden sie der Reihe nach mit großen Mehrheiten angenommen. Der Ertrag aus der Kriegsteuer, die den Besitz und Vermögenszuwachs trifft, wird auf mehr als eine Milliarde Mark berechnet. Der Tabak wird etwa 130 Millionen Mark zu tragen haben, während die Umsatz- und Verkehrssteuern weitere 500 Millionen bringen sollen. Damit ist die Finanzkraft des Reiches und seine, im Interesse der ganzen Volkswirtschaft liegende Kreditfähigkeit, gesichert, dem Auslande aber gezeigt, daß das deutsche Volk die ihm durch den ungeheuren Krieg auferlegten Opfer zu tragen bereit ist. Das wird zur Fortdauer eines gesicherten Friedens von Nutzen sein.

Die Kriegsteuer selbst trifft die breiten Massen des Volkes in keiner Weise, wohl aber das Vermögen und den Vermögenszuwachs erheblich. Je nach der Höhe des Vermögens und des Kriegsgewinns werden bis zu 50 Prozent für das Reich genommen. Dazu kommen die Steuern der Einzelstaaten und der Kommunen, die eine weitere Belastung des Besitzes um 15 bis 25 Proz. ergeben. In Rücksicht darauf konnte sich der Reichstag nicht entschließen, jetzt während des Krieges weiter zu gehen; er lehnte gegen die Stimmen der Antragsteller die sozialdemokratischen Anträge auf Erhebung eines nochmaligen Wehrbeitrags und einer Erbschaftsteuer ab. Der Schatzsekretär machte darauf aufmerksam, daß die Reichserbschaftsteuer bereits bis zu 32 Proz. geht, außerdem einzelne Bundesstaaten bis zu 40 Proz. Zuschlag dazu erheben. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte dem Kriegsteuergesetz zu, dagegen hat die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft es abgelehnt.

Von praktischer Arbeit ist bei dieser Arbeitsgemeinschaft überhaupt keine Rede. Ihre Tätigkeit bestand in der Hauptsache darin, den Gang der Verhandlungen durch ihre Rederei, Anklagen und Prophezeiungen aufzuhalten. Der große Theoretiker Bernstein brachte es fertig, im Hauptauschuß zu erklären, daß er wegen des Verwendungszweckes überhaupt nichts bewillige, um dann einige Tage später einen auf hohe Steuererträge hinauslaufenden Antrag zu begründen. Der Genosse Vogtherr tat sehr wichtig und wollte die Beratungen ausgesetzt haben, weil ihm niemand zuhören wollte. Dabei wurde festgestellt, daß er überhaupt der einzige anwesende Vertreter der soziald. „Arbeitsgemeinschaft“ war. Auch bei der zweiten Lesung des Gesetzes über die

Tabakabgaben

am 3. Juni waren kaum 20 sozialdemokratische Abgeordnete im Saale anwesend, als ihr Redner gegen die Erhöhung sich aussprach. Sachlich wurde diesem Redner vor Augen geführt, daß in anderen Ländern, insbesondere aber in England, der Tabak weit höheren Steuern unterworfen ist als bei uns. Selbst von sozialdemokratischer Seite ist zugegeben worden, daß jetzt die günstigste Zeit für eine Erhöhung sei. Da wo die Arbeitsverhältnisse sich verschlechtern und Arbeitslosigkeit eintreten sollte, wird staatliche Unterstützung gewährt. Die Steuererhöhung ist bereits in Kraft getreten. Bei dem Gesetz auf Erhöhung der

Postgebühren

um 5 Pfennig, für den Brief also auf 15 Pf., Postkarten um die Hälfte, wurde auch eine Resolution angenommen, die verlangt, daß die Postfreiheit der Fürsten durch ein besonderes Gesetz geregelt werde. Ebenso beschloß eine schwache Mehrheit, für das ganze deutsche Postgebiet solle eine Einheitsmarke eingeführt, also die bayerische Marke abgeschafft werden. Da es sich hier um ein durch Staatsvertrag gemährleistetes Reservat handelt, wird es bis zur Durchführung dieses Beschlusses noch lange Wege haben.

Erwähnt soll noch werden, daß der Nachtragsetat, betreffend Aufnahme einer weiteren Kriegsanleihe von 12 Milliarden Mark mit Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion angenommen wurde. S. P.

Allgemeine Rundschau.

Arbeiterorganisationen und vorgeordnete Dienststellen in Bayern.

Arbeitersekretär und Abg. Oswald hat am 25. Mai im Finanzausschuß des bayerischen Landtags bei Beratung des Eisenbahnetats den Minister um eine Erklärung darüber erjucht, ob auch er die vom Ministerium des Innern kundgegebene Anschauung teile, daß wie im Ministerium so auch bei den äußeren Behörden Vertreter von Arbeitervereinigungen behufs Vorbringung von Wünschen empfangen werden sollten. Der Vortrag von Wünschen einzelner Arbeiter sollte schon wegen des grundsätzlichen Charakters der meisten Angelegenheiten gestattet sein. Die Beschreitung des Dienstweges habe vielfach indirekte Nachteile. Auch würden Wünsche und Beschwerden von den unteren Stellen nicht immer in der gewünschten Weise weitergegeben.

Verkehrsminister von Seidlein erwiderte: Ueber die Frage, inwieweit Anfragen, Gesuche und Beschwerden einzelner Beamten und Arbeiter, die durch Vertreter der Organisationen vorgebracht würden, sachlich zu verbescheiden seien, bestche seit langen Jahren Einverständnis unter den sämtlichen Ministerien im Sinne der von ihm jüngst abgegebenen Erklärung; er habe neuerdings Anlaß genommen, dieses Einverständnis sämtlicher Ministerien festzustellen. Die äußeren Stellen seien angewiesen worden, die Vertreter von Organisationen zu empfangen. Der Minister sprach sich dann dagegen aus, daß von unteren Dienststellen die Einhaltung des Dienstweges etwa erschwert werde.

Die Erklärung, auf die sich der Minister bezog, hat er am 13. Mai im Finanzausschuß abgegeben. Dieselbe lautet: Gemäß § 15 der Dienstordnungen für die Verkehrsverwaltung und wegen der Disziplin wollten nur junge Eingeweihten und mündliche Vorstellungen von Organisationen sachlich verbeschieden werden, welche allgemeine dienstliche Angelegenheiten, nicht aber dienstliche Wünsche einzelner Beamten oder Arbeiter betreffen. Dies ist der Standpunkt auch der übrigen Ministerien. Der gleiche Standpunkt gelte für die A-

beiterausschüsse. — Damit ist die Richtschnur gegeben für den Verkehr zwischen Vertretern von Organisationen und vorgeordneten Dienststellen aller Ministerien.

Haushaltswirtschaftliche Kriegserfahrungen.

Darüber bringt das Juniheft der „Deutschen Arbeit“ einen lesenswerten Artikel aus der Feder Rosa Bruers, die auf Grund der gemachten Erfahrungen zu folgenden praktischen Vorschlägen für die zukünftige Arbeit auf dem Gebiete der hauswirtschaftlichen Belehrung kommt:

Unumgänglich ist die Forderung eines obligatorischen Haushaltungsunterrichts auf mehrere Jahre. Die Fortbildungsschule muß kommen und in dieser ein gründlicher hauswirtschaftlicher Unterricht. Und zwar muß der Unterricht so gehalten sein, daß er die jungen Mädchen zum Nachdenken und Ueberlegen anregt. Eine gesunde Verbindung von hauswirtschaftlicher Theorie und Praxis wird dieser Unterricht erheischen. Die heranwachsende weibliche Jugend muß das Gefühl haben, daß sie eine Berufsausbildung, gleichsam eine wissenschaftliche Schulung fürs Leben durch den Unterricht erfährt. Man scheue vor wissenschaftlicher Vertiefung nicht zurück. Je mehr sie in den Vordergrund tritt, umso mehr wird künftighin die Hausfrauenarbeit geschätzt werden. Auf der festen Grundlage, die der hauswirtschaftliche Unterricht der Fortbildungsschule geschaffen hat, wird dann sich erfolgreich der Selbstunterricht durch die Erfahrungen praktischer Hausfrauentätigkeit aufbauen können.

Zur weiteren Fortbildung und zur Vertiefung der auf der Fortbildungsschule erworbenen Kenntnisse werden dann des weiteren die freiwilligen Organisationen der Hausfrauen eine große Aufgabe haben. Es ist daher freudig zu begrüßen, wenn sich Hausfrauen zu besonderen Vereinigungen zusammen schließen. Jede Hausfrau, die in solchen Vereinigungen zu lernen oder sich nützlich zu machen hofft, müßte willkommen heißen werden. Man würde dann freilich spezialisieren müssen. Solange jedoch die Hausfrauenbewegung nur die besser situierten Kreise erfährt, müßten ihrerseits die Hausfrauen der Arbeiter, überhaupt die aller Volksgenossen, die in ähnlicher sozialer Stellung sind, sich Gelegenheit schaffen zur Belehrung und zum Austausch von Erfahrungen. Die konfessionellen Arbeitervereine könnten gemeinsam mit den christlich-nationalen Berufsorganisationen und den Konsumvereinen die passende Grundlage hierfür abgeben. Die von der Verbandszentrale der Westdeutschen Arbeitervereine im Oktober 1913 geschaffene hauswirtschaftliche Beratungsstelle wird gewiß die helfende Hand bieten wollen. Eine jahrelange Arbeit, die schon lange vor dem Kriege eingesetzt und sich während des Krieges bereichert und vertieft hat, verschaffen ihr die notwendigen Erfahrungen auf dem Gebiete des Arbeiterhaushaltes und Arbeiterernährung.

Aber auch in einer allgemeinen Hausfrauenvereinigung aller Stände, die als Ziel anzustreben wäre, müßte von einer Stelle aus, die sich speziell mit Fragen der Arbeiterernährung und des Arbeiterhaushaltes befaßt, die erforderlichen Anweisungen gegeben werden. Der letzte Weg scheint mir der beste. Eine machtvolle Hausfrauenbewegung werden wir ja nur dann haben können, wenn sie alle Frauen erfährt. Erst dann wird sie zu einer Macht werden, die sich in der Öffentlichkeit die nötige Geltung verschaffen kann. Daher ist jede Zersplitterung bedauerlich.

Schiebungen im Tuchhandel.

Vor einiger Zeit konnte der Kriegsausschuß für Konsuminteressen auf Grund eines offenerzigen Auftrages des „Konfektionärs“ Bestrebungen von Textilhandelskreisen zur Zurückhaltung von Stoffen zwecks Preissteigerung aufdecken. Jetzt erhält er aus einer glaubwürdigen Nachener Quelle die Meldung, daß dort in der Tuchbranche allerhand Manipulationen zur Umgehung der beabsichtigt nach oben hin begrenzten Fabrikantenpreise gemacht werden: Die Fabrikanten setzen ihr eigenes Fabrikat nicht mehr direkt an die Geschäfte ab, sondern der eine verkauft dem anderen sein Fabrikat, um dann die Ware des anderen als Großhändler weiter zu verkaufen. Frage man z. B. bei einer Tuchfabrik, die schwarze Kammgarnstoffe herstellt, nach dieser Ware, so sei sie nicht zu haben, wohl aber bunte Stoffe. Umgekehrt liefere der Fabrikant bunter Stoffe jetzt nur noch schwarze Kammgarnstoffe usw., damit nur nicht zu Fabrikantenpreisen geliefert zu werden brauche. — Da die Versorgung mit bürgerlicher Kleidung den militärischen Stellen obliegt, die schon immer die gute Eigenschaft von „Diktatoren“ besaßen, so darf wohl angenommen werden, daß sie sich auf Grund dieser Nachricht schnell über das eigenartige wirtschaftliche Doppelleben der Nachener Tuchhersteller unterrichten und ihm durch die Festsetzung von Handelshöchstpreisen ein Ende bereiten werden.

Miethöchstpreise.

Die Festsetzung von Miethöchstpreisen ist in Kiel und Wilhelmshaven vollzogene Tatsache. Sie sollte allgemein nachgeahmt werden, wenn nicht das Haushaltsbudget der Verbraucher völlig aus dem Gleichgewicht geraten soll. Aber man darf dabei doch nicht verkennen, daß eine solche Maßnahme nur als Notstandsmaßnahme zur Eindämmung größter Sorgen gerechtfertigt wäre. Denn sie richtet sich nur gegen ein Symptom, nicht gegen die letzte Ursache unserer Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkte. Die Frage der Wohnungsmieten kann nicht zur Ruhe kommen, solange der Grund und Boden dem freien Verkehr und die Steigerung der Bodenwerte der privaten Ausbeutung überlassen bleibt. Denn die Wohnbodenfläche ist in einem dicht bevölkerten Lande ein Monopol weniger, denen der Andrang der unzählbaren Wohnungsverbraucher in stärkstem

Mißverhältnis gegenübersteht. Die Folgen dieses unabänderlichen Zustandes für die Wohnungs- und Mietpreise wird immer dann starke Neigung zur Erhöhung sein, solange nicht durch planmäßige Bodenreform die Steigerung der Grundrente in die öffentliche Hand übergeführt und dadurch der Privatpekulation der Anreiz zur Betätigung auf diesem Gebiete genommen wird. Wohnungsverteuerung greift an die Grundlagen der Existenz; darum fast noch nötiger als das Brot ist für den Verbraucher das Stück Land oder die Wohnung, in der er lebt.

Der wilde Zwischenhandel.

Der hat in letzter Zeit viel von sich reden gemacht. Infolge der großen Militär- und Gemeindeeinkäufe sind die Vorräte im Handel fast sämtlich geräumt worden. Der berufsmäßige Handel ist beinahe vollständig ausgefallt. An seine Stelle sind vielfach Leute getreten ohne Sach- und Fachkenntnis, denen aber Zeit und Kapital zur Verfügung steht und die nun glauben, an Lebensmitteln immer noch genug verdienen zu können. Typisch ist folgender Fall, der in der Fachpresse berichtet wird:

Eine Seifenfabrik verkaufte vor einiger Zeit einen Posten Schmierseife an eine im Fachhandel bekannte Firma. Diese verkaufte weiter nach Köln, von dort wird die Ware nach Hamburg verkauft, und aus Hamburg läuft ein Frankfurter Metzger die Ware. Inzwischen lagerte die Ware noch immer bei dem Fabrikanten, und dieser stellte nun fest, daß die Schmierseife innerhalb 8 Wochen um rund 100 M. für 100 Kilogramm teurer geworden war. Derartige Fälle werden fortwährend in der Fachpresse berichtet; sie zeigen klar und deutlich, wo die Preistreiber sitzen. In der Regel ist der Fabrikant infolge von Mangel an Rohstoffen nicht mehr in der Lage, so wie früher zu liefern. Der Zwischenhändler kauft ihm nun mit oder ohne den Vorwand einer Militärbestellung den ganzen Lagerrest zu jedem Preise ab, da, wie immer wieder von Sachkundigen betont wird, die Militär- und Gemeindeverwaltungen alles bezahlen, was verlangt wird. Dem kapitalkräftigen ersten Zwischenhändler schließt sich ein ganzer Schwarm von wilden Vermittlern an, die von der Ware ebenfalls nichts verstehen und auch nichts zu verstehen brauchen, um doch noch Geld zu verdienen. Wegen Wuchers ist keiner zu belangen, da die Ausschläge sich innerhalb der gebotenen Grenzen halten. Da aber eine Kette von 5 bis 10 Gliedern ineinanderarbeitet, so ist die Ware im Handumdrehen um 25 bis 50 Prozent teurer geworden, als sie schon der erste wilde Zwischenhändler angelegt hatte.

Es ist die höchste Zeit und eine der ersten Aufgaben des neuen Wirtschaftsdiktators, dafür zu sorgen, daß dieses Treiben aufhört. Notwendig ist vor allem auch, daß sich Militär- und Gemeindeverwaltungen beim Einkauf ebenfalls an die Höchstpreise halten. Vielleicht wäre auch das Beispiel des Großherzoglich Badischen Ministe-

riums nachahmenswert, daß jedermann, der Handel mit Nahrungsmitteln treiben will, zuvor die Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde nachsuchen muß, und daß ihm diese nur erteilt werden darf, wenn er sachkundig und zuverlässig erscheint. Die Namen der zum Nahrungsmittelhandel zugelassenen Personen müßten auf alle Fälle den örtlichen Preisprüfstellen angemeldet werden, damit diese in der Lage sind, die Tätigkeit der Händler zu überwachen. Ginzutreten müßte unter allen Umständen eine bessere Verteilungsorganisation des Reiches, die ja nun auch wohl in sicherer Aussicht steht. Die bekannte Anregung des Kölner Oberbürgermeisters, den überflüssigen Zwischenhandel dadurch auszuschalten, daß gesetzlich bestimmt wird, daß kein Großhändler an einen andern Großhändler, sondern nur an die Agenten oder Kleinhändler weiterverkauft darf, und daß Agenten nur an Kleinhändler und diese nur an Verbraucher verkaufen dürfen, bietet jedenfalls eine Handhabe, um die betragenswerten Erscheinungen des Zwischenhandels einzuschränken und möglich zu beseitigen.

Ein praktisches Merkblatt.

Der Landesauschuß der Vereine vom Roten Kreuz im Königreich Sachsen, Dresden-A., Taschenberg 3, hat ein Merkblatt über die Versorgung der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen nach der Reichsversicherungsordnung und dem Versicherungsgezet für Angestellte sowie über die Fürsorge des Roten Kreuzes für erkrankte und verletzte heeresentlassene Kriegsteilnehmer zusammengestellt, das kostenlos an jedermann abgegeben wird. Wer von unsern sächsischen Mitgliedern Auskunft wünscht über die Ansprüche, die einem Kriegsbeschädigten oder den Hinterbliebenen eines im Kriege Gefallenen aus der Invaliden- und Hinterbliebenen- und aus der Krankenversicherung erwachsen, dem empfehlen wir den Bezug des Merkblattes. Vor allem unsere Ortsgruppenvorstände sollten stets über einige Exemplare verfügen, um im Notfall sofort Rat und Auskunft erteilen zu können. Das Flugblatt orientiert auch über die vom Landesauschuß der Vereine vom Roten Kreuz eingerichteten Wäderrfürsorge.

Kriegsbeschädigtenfürsorge der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Der „Deutsche Arbeiterkongress“, der die Zusammenfassung der gesamten christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenchaft Deutschlands darstellt und bei Kriegsbeginn 1 1/4 Million Mitglieder zählte, hat am 1. Juni d. J. in Berlin (N. 58, Schönhauser Allee 130, Fernsprecher: Norden, 4265) eine eigene Geschäftsstelle für die Kriegs-

beschädigtenfürsorge errichtet, die seinen Kriegsbeschädigten und im Kriege erkrankten Mitgliedern unentgeltlich mit Rat zur Verfügung stehen soll. Mit der Leitung der Geschäftsstelle ist der in der Krüppelpflege praktisch tätig gewesene Gewerkschaftsvorsitzende Georg Streiter vom Verband der Krankenpfleger beauftragt worden, durch dessen bisherige Mitarbeit in den maßgebenden Kriegsbeschädigtenfürsorge-Einrichtungen (Reichsauschuß, Brandenburgischer Landesbeirat, Stadt Berlin, Zentral-Komitee vom Roten Kreuz usw.) die Gewähr dafür gegeben ist, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung auch weiterhin in engster Anlehnung an die amtliche Kriegsbeschädigtenfürsorge arbeiten wird.

Diejenigen unserer Mitglieder, die die Geschäftsstelle in Anspruch nehmen wollen, müssen sich unter kurzer aber genauer Darlegung ihrer Verhältnisse an die persönliche Adresse des Leiters der Geschäftsstelle wenden. Militärpapiere (Paß usw.) sind als Einschreibebriefe zu senden. Jeder Anfrage ist Rückporto beizufügen.

Unsere Ortsgruppen, Jahrestellen usw. sind verpflichtet, alle ihnen bekannt werdenden Kriegsbeschädigtenfürsorge-Angelegenheiten der einzelnen Berufe, Zeitungsmännern u. dgl. ebenfalls an die neue Geschäftsstelle zu senden.

Aus unserer Industrie.

Seidenbau in Dresden.

C. T. I. Im Zoologischen Garten zu Dresden verdient zur Zeit die Entwicklung der Seidenraupen im Insektenhaufe Beachtung. Wer sich für die Zucht dieser nutzbringenden Raupen jetzt oder später einmal erwärmen will, hat hier Gelegenheit, seine künftigen Pfleglinge in ihrer Eigenart kennen zu lernen und sich über die Art und Weise der Fütterung und sonstigen Abwartung zu belehren. Die ersten Räumchen stammen aus Eiern, die im vorigen Herbst hier gelegt wurden und sind am 3. Mai geschlüpft; diese haben bereits zwei Häutungen hinter sich und sind schon zu ganz ansehnlichen Tieren herangewachsen, die dementsprechend recht beträchtlicher Futtermengen bedürfen. Andere jüngere stammen aus Eiern, die vom deutschen Seidenbauverband aus Ungarn bezogen wurden. Diese stehen noch vor der ersten Häutung, ja eine ganze Anzahl hat eben erst die Eihülle verlassen; aber auch diese winzigen Tierchen vertilgen im Verhältnis zu ihrer Größe ungeheure Massen von Maulbeerbälkern, da sie in vielen Laufenden vorhanden sind. Die Maulbeerbäume, die das erforderliche Futter liefern, befinden sich im Garten selber. Wer Maulbeerbäume oder Büsche in seinem Garten oder in der Nähe seiner

Das Warten.

Novellette von Henriette Drey.

„Malkäfer flieg,
Der Vater ist im Krieg,
Der Vater ist in Engelland,
Engelland ist abgebrannt.“

langen die Kinder draußen auf dem freien Platz vor dem Krankenhaus. Es war zwar noch längst nicht Mai. Statt der Malkäfer flogen draußen weiße Flocken durch die Luft. Aber das vom Krieg und vom Engelland paßte doch so fein, und so fangen sie unbekümmert aus frischen Pöhlen weiter.

Draußen in den Krankensälen hob da und dort einer der Verwundeten den Kopf. Ein blondhäutiger Krieger, der auf zwei Krücken Gehversuche machte, lächelte vor sich hin. „Malkäfer flieg, der Vater ist im Krieg.“ so mochte sein kleiner Bub wohl auch singen und mit den kurzen biden Beinchen den wirbelnden Flocken nachrennen! Und ein breitschultriger Vater mit verbundenem Kopf brummte: „Ja, wars nur wirklich abgebrannt, dös jättrische Engelland!“

Die schwarzgekleidete, blasse junge Frau, die oben in einem der Einzelzimmer neben dem Sterbebett ihres Gatten saß, verharrete regungslos. Kein Schatten von Bewegung glitt über ihre wie im Schmerz erstarrten Züge. Sie schien die Dinge der Außenwelt gar nicht wahrzunehmen. Sie bemerkte auch nicht, daß eine barmherzige Schwester hereinkam, die den Umschlag auf dem Kopfe des bewußtlosen Kranken erneuerte und mit einem leise geflüsterten Trostwort wieder ging. Verloren harrete sie vor sich hin, als käme sie einem schweren Erleben nach. Als horche sie nach innen — oder als warte sie auf etwas Unabweisbares, auf ein grauenvolles Geschehene.

Ja, so war es — sie wartete! Sie wartete auf den Tod des Liebsten, was die Erde für sie trug. Sie wartete mit brennendem Schmerz — aber auch mit Sehnsucht, daß der bleiche tote kommen möge, denn er war ein Erlöser! Er würde die fieberigen Augen schließen, die ständig stöhnenden Lippen verstummen lassen, die zuckenden Hände still auf die stillgewordene Brust legen.

O, dieses Warten ohne Hoffnung! Denn es gab keine Hoffnung mehr. Leutnant Heinz von Ortelsbach war dem Tode verfallen. Eine Kugel hatte die Wirbelsäule getroffen, ein Granatplitter den Unterleib. Was menschliche Kunst vermochte, war geschehen. In mehrfachen Operationen hatten die Ärzte um das tapferere junge Leben gerungen. Doch umsonst. Es war ein schweres Sterben. Kein frischer fröhlicher Soldatentod auf dem Schlachtfelde, nein, ein langames Hinsterben unter schleichenden Qualen.

Und nun war sein junges Weib zum letzten Lebewohl gekommen. Nicht in lautem Jammer kam sie, nicht in Verzweid und Tränen. Nein, stumm und starr mit angstvollen Augen, als begreife sie die Wucht ihres Unglückes noch nicht. Die Spritzen hatten sie nicht wollen reifen lassen. Denn weit war der Weg von Frankfurt bis zur

niederrheinischen Industriestadt, wo Leutnant von Ortelsbach im Lazarett lag. Doppelt weit in ihrem schonungsbedürftigen Zustande — zehnfach weit, wenn man einem grausamen Schmerz entgegenfährt.

„Elisabeth — o Kind, bleibe doch hier! Du erträgst es nicht.“ Klagte ihre tränkliche Mutter, die selber seit kurzem Witwenkleider trug. „Du findest den armen Heinz nicht mehr lebend. Und wenn auch, er wird ja nicht mehr zum Bewußtsein kommen, schrieb der Chesarzt. Bring das Opfer, verzichte darauf. Du mußt dich schonen, denk an das Kind!“

Elisabeth von Ortelsbach hatte nur einen müden Blick gehabt. Ach, das einst so ersehnte Zukunftsglück würde sich ja nie verwirklichen! Es würde ersticken in all dem Jammer! Hier Tote lagen schon auf ihrem Herzen, dagegen konnte das junge Leben nicht ankämpfen.

Ja, vier Tote! Ihr Vater, der heißblütige, eisgraue Major, fiel an der Spitze seines Regiments. Ihre zwei Brüder lagen in Flanderns blutgetränkter Erde begraben. Und erst vor wenigen Wochen hatte der einzige Bruder ihres Mannes, der schlante Fähnrich, sein junges Leben fürs Vaterland gelassen. Schlag auf Schlag traf es sie. Wie zermalmt, wie betäubt war sie. Und nun drohte ihr das Furchtbare.

Elisabeth wunderte sich selbst, als sie in der Nacht dahinsuhr, daß in ihrer Seele keine Auflehnung, kein wildes Aufbegehren gegen ihr hartes Geschick war. Es war nur hoffnungslos, starre Bergweisung darin. Wie ein Warten auf den letzten Todesstreich.

Eine kleine Episode fiel ihr plötzlich ein, die viele Jahre zurücklag. Sie hatte einmal mit andern einen Ausflug gemacht, und die fröhliche Gesellschaft war von einem schweren Gewitter überrascht worden und suchte Schutz in einem ländlichen Wirtshaus. Elisabeth stand am Fenster der niederen Stube und sah hinaus in das großartige Schauspiel. Da fiel ihr Blick auf ein Pferd. Es stand vor dem Hause mitten auf dem Weg und war vor einen schweren Lastwagen gespannt, dessen eines Rad durch eine Kette gesichert war, so daß er nicht von der Stelle konnte. Der Fuhrknecht hatte wohl nicht mehr Zeit gehabt, das Pferd abzuschirren. Vielleicht auch erbarmte ihn die Not der stummen Kreatur nicht. Und nun stand das arme Tier schuhlos dem furchtbaren Untwetter preisgegeben. Die Hagelschlossen prasselten nieder und zerstückten ihm Kopf und Leib. Hitze lohten, Donner schläge krachten, und bei jedem Blitz und Schlag zuckte es zusammen mit angstvoll geweiteten, flackernden, hilflosen Augen. Zitternd, mit bebenden Flanken duckte es sich schon zusammen, als erwarte es jeden Augenblick den letzten entsetzlichen Schlag.

Lange hatte sie diesen Augenblick nicht vergessen können. Dies erbarmungslose, hilflose Preisgegebensein hatte etwas Erschütterndes.

Und so hilflos preisgegeben einem furchtbaren Geschick war auch sie! Denn sie fühlte es mit unsehbarer Sigerzeit: der Tod würde nicht halt machen vor ihrem Jammer, seine Sense holte aus zum letzten Schlag.

Und nun saß sie schon drei Tage und drei Nächte neben ihrem sterbenden Mann — und doch weitentfernt von ihm, denn er ruhte nicht um ihre Nähe. Kein Schimmer des Erkennens war in seinen abgekehrten Zügen aufgedämmert beim Klang ihrer Stimme, bei ihrem Ruf.

Das war das Herzzerrende: lebendig tot sein; ihrer Liebe entrückt! In wirren Phantasien taumelte sein Geist durch die Jahre der Bergangenheit, irrte über das Schlachtfeld, rief sehnsuchtsvoll suchend nach ihr und war doch von ihr getrennt durch eine unsichtbare Mauer, über die es kein Herüberreichen gab. Kein Abschiedsblick, kein Wort von ihm sollte hinüberleuchten in ihre dunkle Zukunft.

Ja, drei Tage und drei Nächte wartete sie. Nur ab und zu ein paar Stunden bleiernem Schlafes im nebenanliegenden Gasthof, sonst saß sie immer unbeweglich neben seinem Bett. Die barmherzigen Schwestern waren barmherzig und ließen sie gewähren. Sie hatten ihr einen bequemen Sessel nahegerückt und brachten ihm und wieder eine Tasse Milch oder stärkende Fleischbrühe. Die arme, junge Dame mußte doch was zu sich nehmen; meinte Schwester Justina mitleidig, sie brach ja sonst zusammen! Ja, und dann dieses stumme Brüten! Wenn man sie nur etwas aus ihrer Starrheit reißen, sie ablenken könnte, dachte die gute Schwester bekümmert. Und sie legte ihr einmal die neuesten Zeitungen auf den Schoß.

„Gnädige Frau, die letzten Nachrichten vom Kriege. Es sind neue Siege! Vielleicht schauen Sie mal hinein, das zerst —“ sie stockte —, ein Blick traf sie, so unergründlich tröstlos, daß es sie durchschauerte.

„O Schwester — was kümmert mich noch die Welt da draußen?“ fand in diesem Blick. „Mein Glück liegt in Scherben zu meinen Füßen.“ Leise schlich die Schwester hinaus, die Zeitungen nahm sie mit.

Der Arzt kam und sprach zu ihr, eindringlich, tröstend. Sie wurde nicht inne, was er sagte, die Worte glitten von ihr ab. Erschüttert stand er vor dem Todesringen des armen Kameraden. Kam denn noch immer nicht die Erlösung? Rätselhaft, unheimlich war dies verzweifelte Sichwehren des jungen Lebens. Und doch umsonst!

Elisabeth von Ortelsbach war wieder allein. Sie krampte die Hände ineinander und wollte beten. Aber ihre Seele fand nur einen erstickten Aufschrei. Dann dachte sie an das viele Warten ihres und seines Lebens. Sie waren beide vermögenslos gewesen und hatten fünf Jahre aufeinander gewartet, ehe sie gemeinsam die Fahrt ins Leben antreten konnten. Als der Krieg ausbrach und er nicht sofort mit ausrücken konnte — er hatte sich bei einem Sturz vom Pferde eine Rippenquetschung zugezogen, die noch nicht ausgeheilt war — als er fast zwei Monate lang in seiner Garnison Truppen auszubilden mußte: o, wie hatte er gefiebert und gewartet auf den Tag, da er hinaus durfte in Kampf und Sieg und — Tod! Für Elisabeth aber waren diese zwei Monate Gottesgeschenke gewesen, eine letzte Gabe des Glückes.

(Schluß folgt.)

Abholung im freien Felde zur Verfügung hat, sollte nicht vernachlässigt werden, wenn vorläufig auch nur geringe Anzahl von jungen Seidenraupen zuzulegen, um mit ihnen einen kleinen Vorversuch zu machen; jedenfalls kann gar nicht dringend genug davon abgeraten werden, gleich mit mehreren Tausend Raupen eine Zucht zu beginnen. Die Rückschlüsse sind dann gar nicht zu vermeiden. Die nötigen Erfahrungen lassen sich nur bei gründlicher Beobachtung der Pflanzlinge sammeln, und solche gründliche Beobachtungen sind nur möglich, wenn man die Zucht nach jeder Richtung hin übersehen kann.

Afrika als Baumwollproduzent.

Um die Bedeutung Afrikas als Baumwollproduzenten richtig einschätzen zu können, muß man sich zunächst die Weltmarktsituation vergegenwärtigen. Die gesamte Weltanfrage an Baumwolle erreichte vor dem Kriege, unter Schwankungen ansteigend, über 22 Millionen Ballen à 200 Kilogramm. Davon entfielen auf die Vereinigten Staaten 15 Millionen, Britisch-Indien 4,5, Ägypten 1,4 und Rußland (Transkaukasien und Mittelasien) rund 1 Millionen Ballen. Den Rest lieferten andere Länder. Die bisher erfolgreichste Baumwollkultur ist die der Vereinigten Staaten, die nie gequert haben, ihr Uebergewicht zu Preisstreibern mittels Ringbildungen, künstlicher Zurückhaltung eines Teiles der Ernte, Verzögerung der Anbaufrüchte usw. auszunutzen. Diese Uebermacht eines einzigen Landes sowohl als der andauernd steigende Bedarf veranlaßte die Hauptkonsumentenstaaten, ihrerseits nach Möglichkeit zur Baumwollkultur überzugehen.

Wie obige Angaben zeigen, ist dieser Versuch am besten England mit seinem riesigen Kolonialreich gelungen. Trotz der großen Eigenerzeugung von rund 6 Millionen Ballen ist aber auch England von den gute Durchschnittswerte liefernden Vereinigten Staaten abhängig geblieben, denn sein wichtigster Erzeuger, Indien, liefert die geringwertigste Baumwolle der Welt. Dafür allerdings besitzt es in Ägypten das Erzeugungsland für die beste Qualitätsbaumwolle. Im übrigen ist England mit seiner höchst entwickelten Textilindustrie auch der größte Konsument der Erde.

Nächst England nahm bis zum Kriege Deutschland die führende Stellung unter allen Textilindustriestaaten ein. Es verbrauchte in den letzten Jahren 2 bis 2,5 Millionen Ballen zu rund 600 Millionen Mark 1913, wobei eine ansteigende Tendenz der Preise zutage trat. Der Träger der Preisentwicklung, die Vereinigten Staaten, sind, wie vielfach festgestellt, durch geschickte Behandlung des Marktes, sogar dahin gelangt, Europa durchschnittlich um 50 Prozent zu übersteuern, so daß Deutschland bei genügender Eigenerzeugung statt 600 nur 400 Millionen für seine Baumwolle auszugeben hätte. Es ist nur natürlich, daß unser Volk ein besonderes Interesse daran nehmen mußte, selbst Baumwollzeug zu werden. Dies um so mehr, als gerade Deutschlands Baumwollbedarf eine sehr stark ansteigende Linie zeigt. Steht doch einem Bedarf von 0,3 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1840 im Jahre 1912 ein solcher von 7,6 Kilogramm gegenüber.

Es war das Verdienst des Kolonialwirtschaftlichen Komitees, diese Sachlage zuerst erkannt und Abhilfemaßnahmen dagegen versucht zu haben. Um 1900 wandte man sich der Baumwollkultur in unseren tropischen afrikanischen Kolonien zu, erzielte 1902 ganze 82 Ballen, um dann aber in rascher Entwicklung 1913 auf fast 14000 Ballen zu gelangen. Die Lieferanten waren Togo und Ostafrika, während in Kamerun erst kurz vor dem Kriege Anbauversuche gemacht wurden. Selbstverständlich hat sich auch das Reichskolonialamt, das ja auch zwei wertvolle Denkschriften veröffentlicht hat, der Baumwollfrage energisch angenommen.

Was wurde nun inzwischen im übrigen Afrika geleistet? Von belgischer und portugiesischer Seite nichts, von französischer und italienischer fast nichts. England hat hingegen allen seinen afrikanischen Baumwollkolonien rege Aufmerksamkeit geschenkt. Am schnellsten hat sich die Baumwollkultur, abgesehen von Ägypten, in Uganda entwickelt, das 1913 rund 28000 Ballen ausführen konnte. Ihm folgten Togo und Nigarien mit je etwa 14000 Ballen. Ausfuhrreiche Bezugsgebiete sind außerdem noch in Britisch-Ostafrika, in Nyassaland, im Sudan und Rhodesien gemacht worden. Die Gesamtanfrage aller englischen Baumwollgebiete Afrikas außer Ägypten hat 1913 65000 Ballen erreicht.

Aus diesen Angaben Folgerungen zu ziehen, ohne der Hauptsache zu weiten Spielraum zu gewähren, ist nicht einfach. Zunächst müssen wir uns fragen: Welche Art Landstriche eignen sich überhaupt dauernd für Baumwollbau? Landstriche, die ein regelmäßiges überwiegend trockenes Klima aufweisen und dennoch genügende Niederschläge haben oder auch Bewässerung erlauben, wie Ägypten. Solcher Landstriche gibt es aber in Afrika ziemlich viele. Um einen Ueberblick über die Ausfuhr zu gewinnen, müssen die Flächenräume der für Baumwollkultur geeigneten Gebiete geschätzt, je nach den sonstigen Wirtschaftsbedingungen des betreffenden Landes ein bestimmter Teil für andere Kulturen in Abrechnung gebracht und für den Rest ein mittlerer Ertrag an Baumwolle pro Hektar eingesetzt werden. Auf diese Weise ist man in dem kleinen Dahomey dazu gelangt, auf 12000 Quadratkilometer Anbaufläche einer möglichen Durchschnittsertrag von rund 300000 Ballen zu errechnen. In Uganda wird die Produktion in absehbarer Zeit auf 1 Millionen Ballen gesteigert werden können. Für Ostafrika lauten die Schätzungen verschiedene. Berücksichtigt man aber die Schnelligkeit der dortigen Entwicklung trotz vieler Fehlschläge infolge mangelnder Erfahrung und starker Hemmungen infolge übergrößer Vorsicht der Pflanzer, so wird man eine Jahreserzeugung von 1 bis 1,5 Millionen Ballen nicht als übertrieben halten können.

Außen wir uns zudem ins Gedächtnis zurück, daß die Vereinigten Staaten innerhalb der ersten 50 Jahre ihres Baumwollbaues nicht über 1000 Ballen herauskamen, so werden wir angesichts der überaus schnellen afrikanischen Resultate ruhig sagen können, daß Afrika ein Weltmarktproduzent allerersten Ranges an Baumwolle zu werden verspricht.

Wie sehr wir auf eigene Produktionsgebiete in Zukunft angewiesen sind, beweist — abgesehen von monopolistischer Uebersteuerung wie bei Baumwolle — der uns von England in Aussicht gestellte, bei der Entschlossenheit dieses Gegners durchaus ernst zu nehmende Wirtschaftskrieg nach dem Kriege. Dieser Meinung schien auch der Reichsminister Ausdruck geben zu wollen, als er in seiner letzten Rede auf den notwendigen Wiedererwerb eines Kolonialreiches hinwies.

Mit der Augsburgener Postzeitung, der wir diese Ausführungen entnehmen, sind wir der Hoffnung, daß das Ende des Krieges uns ein Kolonialreich bringen wird, bedeutend genug, um uns hinsichtlich der Baumwoll-erzeugung in absehbarer Zeit von Amerika und England unabhängig zu machen. In Afrika wird es zu finden sein.

Aus dem Verbandsgebiete.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bierfen. Eine recht lebhaft Mitglieder-Verammlung hatte unsere Ortsgruppe am Sonntag, den 28. Mai, zu bezeichnen. Zunächst gab der Vorsitzende Aufklärung über einzelne Punkte der am Orte eingeführten Arbeitslosen-Fürsorge. In seinen Ausführungen wies er darauf hin, daß die erfolgte Regelung den Bemühungen unseres Verbandes zu verdanken sei. In der sich anschließenden Diskussion, an der sich eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen beteiligten, wurden verschiedene Fragen und Schwierigkeiten betr. der Unterstützung erörtert, die der Vorsitzende als Mitglied der Fürsorge-Kommission zu erledigen suchte.

Der zweite Punkt der Tagesordnung galt der Beitragszahlung und unseren Aufgaben für die nächste Zeit. Die Kollegin Milles gab einen Ueberblick über die Tätigkeit des Verbandes und begründete an Hand von Material, wie unser Verband in seiner vieljährigen Tätigkeit, ganz besonders in dieser Zeit des Krieges, sich als wahrer Helfer bewährt habe. Sie wies nach, wie leicht es den Mitgliedern möglich ist, durch eine geordnete Beitragszahlung dem Verband das Durchhalten zu ermöglichen. Wie lang der Krieg noch dauern wird, wissen wir nicht, aber das eine wissen wir, daß, wenn auch die Beitragszahlung vielleicht für den Einzelnen Plage macht, sie nur Wohlfahrt für die Gesamtheit sein kann. In einem Hinblick auf das eiserne Muß und die Disziplin unserer tapfern Soldaten, ermutigte sie die Anwesenden mit gutem Willen durch ein treues Zusammenarbeiten in der Organisation auszuhalten, damit der Verband auch nach dem Kriege seine Aufgaben erfüllen kann. Die Ausführungen und trefflichen Beispiele für die Notwendigkeit der Verbandes fanden allgemeinen Beifall. Zum Schluß machte die Kollegin die Beschlüsse der letzten Vorstandes- und Vertrauensmänneritzung bekannt und appellierte an die Anwesenden, das Gehörte in die Tat umzusetzen und das in mühevoller Friedensarbeit Geschaffene zu erhalten und weiter zu entwickeln. Mit kurzen Dankworten und mit dem Appell, die Versammlungen auch in Zukunft recht eifrig zu besuchen, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Zum gegenwärtigen Stand der deutschen Volksernährung hat die amtliche Norddeutsche Allgemeine Zeitung (Nr. 525, 1916) eine auf statistischem Material aufgebaute Uebersicht gegeben, die uns mit guten Hoffnungen für die Zukunft erfüllen darf. Es wird zunächst festgestellt, daß alle einlaufenden Berichte über den Saatensstand außerordentlich günstig lauten und die bestimmte Erwartung rechtfertigen, daß der Mißernte im Jahre 1915 ein reichlicher Bodenertrag im laufenden Jahre folgen werde. Von der vorjährigen Ernte wird u. a. folgendes mitgeteilt:

Wir haben nach der amtlichen Statistik im Jahre 1915 im Deutschen Reich 9152402 Tonnen Roggen und 3855841 Tonnen Weizen geerntet, insgesamt also 13008243 Tonnen von beiden Hauptbrottreidearten. Im letzten Friedensjahre 1913 betrug die Weizenernte 4655956, die Roggenernte 12222394 Tonnen. Die Erntesumme für Weizen und Roggen also 16878350 Tonnen. 1912 wurden rund 16 Millionen Tonnen Weizen und Roggen erzeugt, und zwischen diesen beiden Ernten, von denen also die eine um drei, die andere um fast vier Millionen Tonnen größer war als die von 1915, wurde 1913 nach Um- und Abrechnung des Mehlexports doch nicht viel weniger als eine Million Tonnen Brottreide mehr ein- als ausgeführt. Schon die erste Kriegsernte von 1914 war recht mäßig, aber sie überragte die jüngste doch um mehr als 1 1/2 Millionen Tonnen. Eine Roggenernte von so geringem Umfange wie die von 1915 haben wir seit mehr als einem Dutzend Jahren nicht mehr gehabt. Stärker noch als beim Brot war der Ausfall beim Futtergetreide. Der Futterertrag stellte sich auf etwa 5986034 Tonnen, gegen rund 9 Millionen Tonnen 1914, beinahe 10 Millionen Tonnen 1913. An Sommergerste wurden 2483752 Tonnen geerntet, um rund 1,2 Millionen Tonnen weniger als 1913. Zieht man Weizen, Roggen, Gerste und Hafer zusammen, so beläuft sich der Winterertrag unserer Bodenernte von 1915 gegenüber 1913 auf rund neun Millionen Tonnen. Auch sonst waren unsere Futtermittelträge nicht weniger als reichlich. Die Meccerate war (mit 7781822 Tonnen) die zweitschlechteste des letzten Jahrzehnts (nur die des Jahrzehnts 1911 blieb noch hinter ihr zurück). Der Winterertrag war der drittschlechteste des letzten

Dezenniums; er war mit rund 24 Millionen Tonnen um 5 Millionen Tonnen kleiner als 1914 und 1913. Die schwere Mißernte hat ihre Ursache nicht etwa in schlechter Bestellung. Der Grund des Mißerfolges war das ganz ungewöhnlich ungünstige Wetter im Frühjahr und Sommer.

Trotz dieser Mißernte sind wir ausgekommen, haben gegenwärtig sowohl die Brot- wie Kartoffelversorgung bis zur neuen Ernte gesichert. Die sparsame Wirtschaft mit dem Brottreide ermöglicht es sogar, den Schwerarbeitenden eine Brotzulage zur bisherigen Ration zu gewähren und dann noch eine genügende Reservenmenge ins neue Erntejahr hinüberzunehmen. Günstiger gestalten sich auch die Verhältnisse auf dem Futtermittelmarkt, sobald auch eine Besserung in der Ausfuhr von Rind- und Schlachtvieh zu erwarten ist. Im Hinblick auf diese Tatsachen schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sehr zutreffend im Anschluß an die Erntestatistik des Vorjahres: „Trotz dieser äußersten Ungunst der Natur haben wir durchgehalten, haben wir zwar nicht jede Entbehrung, wohl aber jede Gefährdung unserer nationalen Existenz vermieden, und das ist zweifellos der schärfste, unwiderleglichste Beweis dafür, daß jede Hoffnung, uns durch die Erschöpfung unserer Nahrungsmittel zu besiegen, eitel und vergeblich ist. Wenn wir in einem Jahre nicht auszuhalten waren, in dem wir an den vier Hauptgetreidearten allein einen Produktionsausfall von neun Millionen Tonnen gegenüber dem letzten normalen Friedensjahre erlitten, dann sind wir niemals auszuhungern. Das ist der frohe und zuversichtliche Schluß, der sich uns schlagend und unwiderstehlich aus den an sich so unerschrockenen Ziffern der Erntestatistik von 1915 aufdrängt.“

Ehren-Tafel.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland

- Heinrich Hedderich aus Barmen.
 - Heinrich Hilger aus Düren.
 - Karl Balz aus Dülken.
 - August Lauinger aus Busenbach.
 - Emil August Pischel aus Schirgiswalde.
 - Lambert Lützenkirchen aus M.-Gladbach.
 - Emil Wilhelm Blockmann aus M.-Gladbach.
 - Bernhard Trompert aus Bocholt.
- Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten.
Den Familien der Gefallenen unser Inniges Beileid.

Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
- Leonard Mertens aus Imgenbroich.
 - Johann P. Schiffer aus Neuwerk.
 - Berta Schön aus Forst.
 - Johann Stenneken aus Bocholt.
 - Richard Esser aus Dülken.
 - Marla Windhausen aus Burgwaldniet.
 - Heinrich Lutterbach aus Imgenbroich.
 - Hermann Dickmann aus M.-Gladbach-Eicken.
 - Johann Reifs aus Ahaus.
 - Johann Jansen aus St. Tönis.
- Ehre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die Erwerbslosenfürsorge für Textilarbeiter. — Aus dem Reichstag. — Feuilleton: Das Barten. — Allgemeine Rundschau: Arbeiterorganisationen und vorgelegte Dienststellen in Bayern. — Hauswirtschaftliche Kriegserfahrungen. — Schiebungen im Tuchhandel. — Miethöchtpreise. — Der milde Zwischenhandel. — Ein praktisches Merkblatt. — Kriegsbeschädigtenfürsorge der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. — Aus unserer Industrie: Seidenbau in Dresden. — Afrika als Baumwollproduzent. — Aus dem Verbandsgebiete: Berichte aus den Ortsgruppen: Bierfen. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Zum gegenwärtigen Stand der deutschen Volksernährung. — Ehren- und Sterbetafel.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Anton Geitmann, Düsseldorf, Roonstraße Nr. 7.